

## Öffentlichkeit als Folgentransparenz

### Über ein Regulierungsproblem der modernen Gesellschaft und das Lösungspotential des Journalismus

Horst Pöttker

Die Frage dieses Aufsatzes ist, *was Medien und Journalismus zur Selbststeuerung der Gegenwartsgesellschaft beitragen können, von der ich annehme, dass sie strukturell bedingte Regulierungsdefizite hat.*

Zunächst begründe ich diese Annahme, indem ich das strukturelle Regulierungsdefizit moderner Gesellschaften analysiere. Schlussfolgerungen über Aufgaben und Möglichkeiten des Journalismus als Steuerungshilfe schließen sich an. Um aber den Aspekt der Medienregulierung durch die Gesellschaft nicht ganz zu vernachlässigen, veranschauliche ich meine Thesen anhand eines medienpolitischen Problems: der Pressekonzentration im Lokalen.<sup>1</sup> Am Ende steht konsequenterweise die Überlegung, was der Journalismus selbst tun kann, um Fehlentwicklungen im Mediensystem entgegenzuwirken; und wie realistisch seine Möglichkeiten sind.

#### 1. Öffentlichkeit als Regulierungspotential

Beim Stichwort *Regulierungsprobleme* wird gewöhnlich sofort nach der Funktionstüchtigkeit der beiden Steuerungsmechanismen *Recht* und *Markt* gefragt. Da die Wirkungsweise des Ordnungsgefüges Recht auf der staatlich institutionalisierten Sanktionierung von Normabweichungen beruht (Geiger, Vorstudien 1964, 43-168), steht in rechtspolitischen Debatten die Frage nach den – in der Regel als zu gering empfundenen – Sanktionsmöglichkeiten im Vordergrund; die Rede vom Deutschen Presserat als einem "zahnlosen Tiger" ist dafür exemplarisch. Dagegen hängt die Regulierungskraft des Marktmechanismus von einem freien Wettbewerb ab (Heinrich, 1994, 30-35), so dass wirtschaftspolitische Debatten sich oft auf die Beseitigung von Wettbewerbsbeschränkungen konzentrieren; exemplarisch sind kritische Analysen von Prozessen der Medienkonzentration (z.B. Knoche, 1978; Lange, 1984).

---

<sup>1</sup> Ein anderes Beispiel aus dem Bereich der Medienregulierung wäre der Niedergang des öffentlichen Rundfunks; vgl. dazu Pöttker, 1991.

Jenseits der üblichen Debatten sind meine Überlegungen von der Annahme bestimmt, dass optimale Selbstregulierung moderner Gesellschaften ein drittes Steuerungselement erfordert, das die beiden anderen ergänzt. Gemeint ist *Öffentlichkeit* im Sinne allgemeiner Zugänglichkeit der Informationen, die für das individuelle und gesellschaftliche Leben, also z. B. auch für das Funktionieren von Recht und Markt, relevant sind. Sanktionen führen nur dann zur Einhaltung von Normen, wenn die in den Normen fixierten Verhaltenserwartungen und die bei davon abweichendem Verhalten zu erwartenden Folgen den Normadressaten bekannt sind. Und freier Wettbewerb führt nur dann zur Optimierung von Produktion und Distribution, wenn die Nachfrager das Warenangebot mit seinen Preisen und Qualitäten überblicken.

In hochkomplexen, manchmal auch als „überkomplex“ oder „unübersichtlich“ (z. B. Beck, 1986, 254-258) charakterisierten Gesellschaften existiert eine Vielzahl von *Barrieren*, die das Subjekt von dem Wissen trennen, das ihm ein Handeln auf der Höhe der kulturellen Möglichkeiten erlaubte. Wenn es in solchen Gesellschaften zu einem Optimum an Selbstregulierung kommen soll, setzt das die Überwindung dieser Barrieren durch die allseitige Vermittlung regulierungsrelevanter Informationen voraus. Dass politische Partizipation politischer Information bedarf, ist nur ein besonders intensiv diskutiertes Beispiel für die Notwendigkeit von Öffentlichkeit als Kommunikationssphäre, zu der im Prinzip alle Subjekte und alle Themen Zugang haben. Hieraus kann sogar ein Grundrecht auf Öffentlichkeit als moderne Form des Grundrechts auf Kommunikation abgeleitet werden.

Zur Analyse von Regulierungsproblemen stehen zwei begriffliche Instrumentarien zur Verfügung, die auf die beiden großen Denktraditionen in der Sozialwissenschaft zurückgehen – die Systemtheorie und die Handlungstheorie. So unterschiedlich die Ausprägungen des systemtheoretischen Denkens von Karl Marx über Emile Durkheim und Talcott Parsons bis Niklas Luhmann gewesen sein mögen, in dieser Tradition werden Handlungsweisen als Elemente von *Funktionszusammenhängen* betrachtet, die sich jenseits der Intentionen der Akteure bilden. Das handlungstheoretische Denken dagegen, als dessen Repräsentanten Max Weber, George Herbert Mead oder Jürgen Habermas gelten können, interessiert sich für den *subjektiven Sinn*, den die Akteure ihrem Tun oder Lassen unterlegen. An dieser Tradition wird oft kritisiert, sie lande bei idealistischem Voluntarismus oder im Mikrokosmos der Individuen und ihrer Interaktionen. Aber vor allem Max Webers dezidiert antifunktionalistischer Entwurf einer sinnverstehenden Methode der Sozialwissenschaft (Weber, 1972, 1-12) konzentriert sich ausdrücklich auf die Frage, wie die *Regelmäßigkeiten* des sozialen Handelns zustande kommen, als die auch große Institutionen wie Verband oder Staat zu begreifen seien (Weber, 1972, 14-30). Als sozialwissenschaftliches Paradigma interessiert sich die Handlungstheorie eben nicht für die Intentionen einzelner, sondern für *typische Sinngebungsweisen*, die bei vielen Akteuren anzutreffen sind.

Beide Begrifflichkeiten, die handlungstheoretische wie die heute vorherrschende systemtheoretische, sind für eine Sozialwissenschaft von umfassender Erklärungskraft unentbehrlich. In den folgenden Überlegungen dominiert die *handlungstheore-*

*tische* Sicht. Denn im Rahmen des strukturfunktionalistischen Paradigmas werden Regulierungsdefizite leicht geleugnet oder objektiviert, weil dieser Ansatz kein Interesse hat, Fehlentwicklungen auf verbreitete subjektive Täuschungen („Ideologien“) der Handelnden zurückzuführen, die sich kritisieren lassen.

Als Grund eines solchen verbreiteten Irrtums fasse ich eine typische Erfahrung von Menschen in modernen Gesellschaften ins Auge, die sich aus der Struktur dieser Gesellschaftsformation ergibt, wie sie von funktionalistischen Analysen beschrieben wird. Im Zusammenhang damit überlege ich, was Journalisten tun können, um dieses systematisch falsche Bewusstsein zu korrigieren. Dabei betrachte ich den Journalismus nicht als ein nach außen abgegrenztes, mehr oder weniger autonomes soziales System, sondern als eine soziale *Handlungsweise*, der ein auf das Verhalten anderer, also nach außen, auf die ganze Gesellschaft bezogener subjektiver Sinn unterliegt, der durch kritische Analysen wie die folgende beeinflusst werden kann.

## 2. Regulierungsdefizite am Beispiel der Lokalpresse

Gesellschaftsintegrate können von außen zerstört werden. Sie können aber auch an sich selbst zugrunde gehen. Was Gesamtgesellschaften und Staaten angeht, ist Deutschland im 20. Jahrhundert eine Fundgrube für Beispiele: Das Kaiserreich, die NS-Diktatur und die DDR sind letztlich daran gescheitert, dass ihre Politik katastrophale Kriegsniederlagen oder revolutionäre Umbrüche und in deren Gefolge das eigene Ende herbeigeführt hat. An solchen intern bedingten Zusammenbrüchen von ganzen Gesellschaften werden Regulierungsdefizite besonders deutlich. Und an solchen dramatischen Ereignissen entzündet sich gelegentlich auch ein Interesse der sonst meist auf das Erklären von Regulierungs- und Integrationsprozessen erpichteten Sozialwissenschaft, die Sache einmal von der anderen Seite zu betrachten und zu erklären, warum es zu krisenhaften Prozessen der Fehlregulierung kommt.

Anzunehmen ist freilich, dass nicht jede Krise, nicht jedes Regulierungsdefizit zum dramatischen Ende eines Gesellschaftsintegrats führt. Vielmehr gibt es auch in Integraten, deren Existenz ungefährdet erscheint, mehr oder minder große Bestände an Konfliktstoffen, die latent bleiben, so lange sie den Bestand des Integrats nicht gefährden. Ob ihnen solche Sprengkraft innewohnt, lässt sich in einem Zustand relativer Stabilität schwer entscheiden. Da das also auch kaum jemals auszuschließen ist, täte die Sozialwissenschaft gut daran, sich für Regulierungsdefizite schon zu interessieren, bevor Gesellschaften oder Unternehmen zusammengebrochen sind.

Eine wissenschaftliche Analyse von latenten Regulierungsdefiziten steht vor der Schwierigkeit, Kriterien für das Defizitäre sozialer Prozesse formulieren zu müssen. Aus handlungstheoretischer Sicht kann die subjektive Unzufriedenheit von Menschen ein solches Kriterium sein.

Subjektiv unzufrieden sind z. B. meine Familie und ich mit dem Angebot an Lokalinformationen an unserem Wohnort Bad Homburg, einer Kreisstadt von etwa 50'000 Einwohnern in der Nähe der südhessischen Metropole Frankfurt a. M. Rund-

funkprogramme mit kontinuierlicher Berichterstattung über das örtliche Geschehen gibt es nicht. Bis vor einigen Jahren gab es aber immerhin drei Tageszeitungen mit (mehr oder minder) umfassenden Lokalinformationen. Nachdem der 1862 gegründete, am Ort verlegte "Taunusbote" Ende 1969 sein Erscheinen hatte einstellen müssen (Brückl, 1993, 84, 88), war es Helmuth Bernecker, einem in der Region bekannten Allround-Journalisten, kurz darauf gelungen, mit dem "Taunus-Kurier" eine bewusst an die Tradition anknüpfende neue Heimatzeitung ins Leben zu rufen. Den Mantelteil bezog man vom "Giessener Anzeiger", einem ebenfalls traditionsreichen, etwas farblosen Regionalblatt für Mittelhessen. Wir hatten den „Taunus-Kurier“ abonniert, da der Lokalteil der konkurrierenden, wegen ihrer sozial-liberalen Orientierung für uns durchaus attraktiven "Frankfurter Rundschau" ziemlich dürftig war. (Die örtliche Berichterstattung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ist wegen ihres noch geringeren Umfangs kaum der Rede wert.) Eine weitere Konkurrentin, die "Taunus-Zeitung", bietet zwar ebenfalls einen umfassenden Lokalteil an, kam aber wegen ihres von der "Frankfurter Neuen Presse" stammenden, boulevardesken und unverkennbar konservativ gefärbten Mantels für uns nicht in Frage.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre verstärkte nun die von uns geschätzte "Frankfurter Rundschau" ihre Berichterstattung aus dem Hochtaunuskreis und wies mit einer Werbekampagne auf ihre Qualität auch als Lokalzeitung hin. Wir und weitere Abonnenten wechselten daraufhin vom "Taunus-Kurier" zur "Frankfurter Rundschau", was einer der Gründe war, warum die Heimatzeitung wegen Auflagenschwunds am 30. September 1995 ihr Erscheinen einstellen musste. Die Pointe ist, dass die "Frankfurter Rundschau", nachdem dieser Konkurrent aufgegeben hatte, ihre lokale Berichterstattung aus dem Hochtaunuskreis wieder reduziert hat zugunsten der regionalen aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet. Heute müssen wir, um einen Lokalteil zu lesen, der diesen Namen verdient, zu der einzigen noch am Ort erscheinenden Tageszeitung greifen, deren Mantel uns wegen seines journalistischen Stils und seiner parteipolitischen Affinität nicht gefällt.

Das ganze ist ein kleines Kapitel aus dem dicken Buch mit dem Titel "Pressekonzentration im Lokalen", in dem u.a. eine Landkarte der alten Bundesrepublik Deutschland die rapide Vermehrung der Ein-Zeitungs-Kreise seit den fünfziger Jahren verzeichnet (Pürer/Raabe, 1994, 125), von den ostdeutschen Ländern, wo nach dem Beitritt die Konzentration noch abrupter war, nicht zu reden (Geissler, 1993; Schneider, 1995). Auch wenn dieser Prozess das Mediensystem der Bundesrepublik oder gar die deutsche Gesellschaft nicht sprengen wird, lässt sich in ihm ein latentes Regulierungsdefizit erkennen, das insofern zu Versorgungslücken führt, als in vielen Gebieten keine Vielfalt der Lokalberichterstattung (mehr) gegeben ist. Ähnliche Lücken, denen ähnliche Regulierungsdefizite zugrundeliegen, gibt es in anderen Bereichen, etwa bei der Versorgung mit alltäglichen Konsumgütern, wenn Supermarktketten mit vorübergehenden Niedrigpreisen das Ende von „Tante-Emma-Läden“ herbeiführen, was vor allem für Verbraucher in ländlichen Gebieten wegen der langen Einkaufswege misslich ist, aber auch im Gesundheitswesen oder im öffentlichen Verkehr.

### 3. Folgenreflexivität als Kompensation gestörter Marktregulierung

Probleme dieser Art führen wir gewöhnlich auf Marktversagen wegen Wettbewerbsverzerrungen auf der Anbieterseite zurück. Grossunternehmen haben z.B. die Möglichkeit, mit anfangs kostspieligen Langzeitstrategien kleine Konkurrenten auszuschalten. Man kann aber auch die Nachfragerseite in Betracht ziehen, deren Handeln von der ökonomischen Theorie merkwürdigerweise als konstant vorausgesetzt wird. Wenn es zu Unzufriedenheit kommt, weil ein Leistungsangebot wegen zu geringer Nachfrage entfällt, hätten ja die potentiellen, jetzt unzufriedenen Kunden dem Entstehen der Versorgungslücke zuvorkommen können, indem sie das betreffende Angebot um des Ziels seiner Erhaltung willen nutzen.

Das hiesse allerdings, mögliche Auswirkungen des eigenen Kaufverhaltens auf die Anbieterseite zu reflektieren, anstatt sich nur *rezeptiv* an deren scheinbar fixen Vorgaben, etwa momentanen Preisunterschieden, zu orientieren. Dieser Gedanke lässt sich zu einer These ausweiten, die der Ausgangspunkt *interaktionistischer* Analysen von Regulierungsproblemen ist: Ein Optimum an problemlösender Selbststeuerung setzt voraus, dass idealiter alle an einem Sozialintegrat beteiligten Subjekte *folgenreflexiv* handeln, d.h. die zu erwartenden Folgen ihres Tuns oder Lassens für das Handeln idealiter aller anderen beteiligten Subjekte (sowie die dann zu erwartenden Rückwirkungen auf sich selbst) zu Komponenten des subjektiven Sinns ihrer Handlungen machen.<sup>2</sup> Für die Selbstregulierung einer ganzen Gesellschaft besonders wichtig, aber wie wir sehen werden auch besonders schwierig, ist Folgenreflexivität in bezug auf Institutionen und Makrostrukturen, also z. B. beim Wählen in bezug auf Staat und Politik, beim Einkaufen in bezug auf Konsumgüterindustrie und -handel, bei der Mediennutzung in bezug auf Medienbetriebe und -produzenten usw.

Wirtschaftstheoretiker mögen hier einwenden, der Marktmechanismus führe ja gerade deshalb zu einem optimalen Zustand hinsichtlich Produktvielfalt, Preisgefüge, Allokation der Ressourcen usw., weil jedes Wirtschaftssubjekt im Rahmen der gegebenen Bedingungen seinen Vorteil sucht, ohne an Auswirkungen seiner Handlungen auf diese Verhältnisse zu denken. Die klassische Theorie stellt sich die regulierende Funktion des Marktes als *nicht intendierte Nebenfolge* des am Eigennutz orientierten Handelns vor (Bahrtdt, 1984, 118f.), die in dessen subjektiven Sinn nicht einzugehen brauche, weil eine „invisible hand“ die egoistischen Motive in soziale Taten verwandele.

Für das Funktionieren des Marktes müssen allerdings bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, neben der Anerkennung des Eigentums und der Zweckrationalität des Handelns der Marktteilnehmer vor allem *freier Wettbewerb* inklusive Marktzutrittschancen für neue Produkte. Die Sicherung der Wettbewerbsfreiheit ist so wichtig, dass sogar nach Adam Smith, dem erzliberalen Ahnherrn der Markttheorie, der

<sup>2</sup> Zu den Begriffen Rezeptivität, Folgenreflexivität und Interaktion als Grundelementen einer Typologie von Handlungsweisen vgl. Pöttker, 1997a, 78-97.

Staat sie zu seiner Aufgabe machen muss. Die Realität sieht freilich oft anders aus, wie ein Blick auf die schon erwähnten Wettbewerbsverzerrungen zeigt. Besonders in Sektoren, in denen aufgrund vorangegangener Konzentrationsprozesse Wettbewerbseinschränkungen bestehen, kann Folgenreflexivität als marktkompensierender Regulierungsfaktor wichtig werden. Denn die Verbraucher können ja bestehende Machtverhältnisse zwischen den Anbietern berücksichtigen, wenn sie Folgen für die Angebotsentwicklung zum Sinn ihrer Kaufhandlungen machen.

Die wettbewerbsverzerrende Macht von Großverlagen, zeitweilig Verluste hinzunehmen und durch vorübergehende Angebotsverbesserungen kleinere Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, wäre z. B. geringer, wenn die Leser aufgrund der Einsicht in solche Ungleichgewichte sowie in ihr langfristiges Eigeninteresse dazu übergängen, ihr Abonnementverhalten als Mittel zu betrachten, um auf den Zeitungsmarkt einzuwirken. Zur rapiden Zunahme der Ein-Zeitungs-Kreise hätte es nicht kommen müssen, wenn das an einer vielfältigen Lokalinformation interessierte Publikum den Zusammenhang zwischen der Existenzfähigkeit der Heimatpresse und dem eigenen Kaufverhalten nicht nur durchschaut, sondern zum Motiv für Bestellungen gemacht hätte.

Wir waren in dieser Sache ebenso wenig vorausschauend wie viele andere Leser. Warum waren wir es nicht, und warum erscheint die Vorstellung, dass wir es hätten sein können, naiv bis illusionär?

#### 4. Interaktionsbarrieren zwischen Institutionen und Personen

Mangelnde Folgenreflexivität, die Regulierungsdefizite nach sich zieht, wird nicht zuletzt durch die Sozialstruktur verursacht. Von der Systemtheorie in ihrer elementaren Form ist zu lernen, dass für moderne Gesellschaften ein hoher Grad an Arbeitsteilung (Durkheim, 1977) oder *funktionaler Differenzierung* charakteristisch ist. Das bedeutet, dass sich zahlreiche *Institutionen* herausgebildet haben, die eigens um einer bestimmten Funktion willen existieren. Weil Institutionen auf die Optimierung ihrer Funktion gerichtet sind, bilden sie *bürokratische* Binnenstrukturen heraus. Folglich ist die Bürokratie eine die moderne Gesellschaft durchziehende Quer-Institution, die in allen Bereichen von der staatlichen Verwaltung über die Industrie oder das Gesundheitswesen bis zum Sport oder der Religion anzutreffen ist, natürlich auch in den Medien.

Typisch für bürokratische Strukturen ist, dass mit ihnen in Kontakt stehende Personen es schwer haben, Auswirkungen eigener Handlungen auf die betreffende Institution als solche wahrzunehmen. Beim Feilschen in einem orientalischen Basar merkt der Käufer einer Ware, wie seine Preisangebote die Angebote des Händlers verändern. Der dem Feilschen unterlegte subjektive Sinn besteht auf beiden Seiten gerade in der Antizipation dieser Folgen des eigenen Handelns auf die andere Seite. Dagegen kommt beim Einkaufen im bürokratisch durchorganisierten Warenhaus kein Kunde auf die Idee, mit den Verkäuferinnen zu verhandeln. Auch hier hängen

die Preise letztlich vom Kaufverhalten der Kunden ab, aber weil das Unternehmen sie festgelegt und an der Ware ausgezeichnet hat, werden den Kunden diese Abhängigkeit und die sich daraus ergebenden Einflussmöglichkeiten kaum bewusst. Der moderne Konsument pflegt von einem bezüglich Preis und Qualität feststehenden Warenangebot auszugehen, auf das er seine Kaufentscheidungen bezieht, ohne an deren mögliche Rückwirkungen zu denken. Ähnlich binden Menschen in modernen Gesellschaften ihr Verhalten an fixierte Öffnungszeiten von Läden, Behörden oder Schwimmbädern, an Termine von Wahlen oder Schulferien, an Lehr- und Fahrpläne, Partei- und Fernsehprogramme, Haus-, Prüfungs- und Straßenverkehrsordnungen usw., ohne zu berücksichtigen, dass sie selbst diese Vorgaben beeinflussen (können).

Über den stummen Verweis hinaus fordern Bürokratien ihr Publikum auch explizit auf, die betreffende Institution für unbeeinflussbar zu halten. "Wir richten uns nur nach unseren Vorschriften." "Wir haben die Gesetze nicht gemacht." "Dafür sind wir nicht zuständig." Das sind die typischen Standardsätze. Die Subjekte moderner Gesellschaften sind von einer Umwelt umstellt, die Einwirkungsversuche permanent abweist, indem sie sie für zwecklos erklärt. Die notorischen Hinweise der Systemtheorie auf die Subjektunabhängigkeit der sozialen Realität, die eine Realität "sui generis" sei (Parsons, 1996, 15), sowie auf die Autonomietendenz sozialer Systeme lassen sich als Objektivierung der Selbstdarstellung bürokratischer Eigen-dynamik interpretieren; eine wissenschaftliche Überhöhung, die es den Menschen moderner Gesellschaften zusätzlich schwer macht, folgenreflexiv zu handeln.

Ein weiterer struktureller Grund für den modernen Mangel an Folgenreflexivität ist die *besondere Beschaffenheit* der realen Folgen des Publikumshandelns für die Institutionen. Zwei Eigenschaften dieser Folgen erschweren es, sie als solche wahrzunehmen: zum einen finden sie nicht sofort statt, sondern erst nach einem mehr oder minder langen *Umsetzungsprozess*; zum anderen löst nicht das Handeln eines Individuums allein sie aus, sondern es bedarf dazu eines gleichförmigen Handelns vieler Subjekte, einer erst herzustellenen *Handlungsweise*. (Dass soziale Bewegungen Solidarität ihrer Mitglieder propagieren, zeugt vom Bemühen, diese Barriere zu überwinden.)

Die makrostrukturellen Folgen unserer Handlungen vollziehen sich also durch komplizierte und weitläufige Mechanismen, die durchschaut sein wollen, damit wir diese Folgen für möglich halten und z. B. beim Einkaufen berücksichtigen können. Selbst dort, wo gesellschaftliche Auswirkungen den institutionalisierten Sinn einer Handlung ausmachen, beim politischen Wahlakt nämlich, kann das Bewusstsein vom Verlust der eigenen Intentionen in den komplizierten Übersetzungsmechanismen folgenreflexives Handeln verhindern und zu abstinenterm Verhalten führen.

Politische Partizipation bedeutet *Interaktion* zwischen Bürgern und Staat, bei der beide Seiten die Folgen ihres Tuns und Lassens auf die andere Seite reflektieren. Im Medienbereich hat sich der Begriff *Interaktivität* eingebürgert, um neue Rückwirkungsmöglichkeiten der Rezipienten auf die Produzenten zu bezeichnen. Tatsächlich beeinflusste das Publikum zumindest kommerzielle Medien schon immer, weil

Verleger, Anzeigenkunden und auch Journalisten sich brennend für Auflagenziffern oder Einschaltquoten interessieren und ihre Produktion an den daran ersichtlichen Wünschen der Medienkonsumenten orientieren.

Die auf diesem Umstand beruhenden Einflussmöglichkeiten werden vom einzelnen Leser, Hörer oder Zuschauer jedoch kaum erkannt, da er nicht gewohnt ist, seine Mediennutzung als Komponente einer Auflage oder Einschaltquote zu betrachten und da die von der Produzentenseite aus diesen Parametern gezogenen Konsequenzen mit einer Verzögerung eintreten, die ihren ursächlichen Zusammenhang mit der Mediennutzung verwischt.

Die Empfindung einer Diskrepanz zwischen diffuser Konsumation einerseits und straff organisierter Produktion andererseits trägt überall zur Selbstunterschätzung des Publikums bei. Bei der professionell betriebenen Medienkommunikation kommt noch hinzu, dass traditionelle journalistische Standards wie Unabhängigkeit, Trennungsgrundsätze oder Selbstdistanz die Produzenten daran hindern, die eigene Abhängigkeit vom Publikum im Kommunikationsinhalt zu thematisieren. Das hat schon die Medienkritik der 70er Jahre aufs Korn genommen (Müller, 1973, 11).

Wer heute von Interaktivität redet, meint die technologische Möglichkeit, auf dem Bildschirm sofort Folgen von Handlungen einzelner Zuschauer zu zeigen. Ob dadurch dem Publikum seine Möglichkeiten bewusster werden, über Nutzungsmuster auf die Medien Einfluss zu nehmen und so Fehlentwicklungen wie den Niedergang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks oder die Pressekonzentration im Lokalen zu bremsen, ist zu bezweifeln. Hier scheinen sich eher *illusionäre* Formen der Interaktion zwischen Institutionen und Personen zu etablieren, die das Publikum am Innerwerden seiner Regulierungspotentiale hindern (Pöttker, 1997a, 232-256).

## 5. Aufklärung als Durchleuchten realer Folgen von Handlungsweisen

Wenn Regulierungsdefizite moderner Gesellschaften auch darauf zurückzuführen sind, dass deren Subjekte ihren eigenen Einfluss auf die Institutionen nicht erkennen, dann kann die Selbststeuerung verbessert werden, indem öffentlich demonstriert wird, wie die Institutionen auf die Handlungsweisen ihres Publikums reagieren. Was die Institutionen mit den Menschen machen, erfährt jeder am eigenen Leib. Was die Menschen mit den Institutionen machen (können), darüber müssen die Menschen aufgeklärt werden. In der Politik ist uns diese Einsicht so vertraut, dass wir selbstverständlich bereit sind, für politische Bildung, die die Bürger über demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten informiert und so ihre Partizipationsbereitschaft stärkt, beträchtliche öffentliche Mittel aufzuwenden. Warum soll die Demonstration von makrostrukturellen Mitgestaltungsmöglichkeiten auf staatsbürgerliche Akte beschränkt bleiben? In der gegenwärtigen Entwicklungsphase der Moderne verlagert sich die Steuerungsfunktion von der Politik auf die Ökonomie. Darauf kann das unvollendete Projekt der Aufklärung die Antwort geben, Folgenreflexivität auch im Konsumbereich zu fördern. Im Zusammenhang mit Steuerungsproblemen